

Liebe Besucherinnen und Besucher unserer Seite,

im Zuge der Befassung mit der Situation und den spezifischen Problemen der **Ortsteile** bei der Bewältigung der Folgen der demografischen Entwicklung sind wir Ihnen nach der Ankündigung in unserem Beitrag vom 3.2.2013 noch einen weiteren Beitrag schuldig, der sich damit befasst, was denn eine mögliche **Schließung von zentralen Institutionen in den Ortsteilen** für die dortige Entwicklung bedeutet. Zentrale Institutionen in den Ortsteilen sind fast immer die Schulen. Wie geht man in einem Ortsteil mit einer solchen Situation um und was gibt es zu bedenken? Damit wollen wir uns in dem folgenden Beitrag ein wenig befassen.

Zu besonders schwierigen Situationen in den Ortsteilen kommt es, wenn Institutionen wegfallen, die für die Identität des Ortsteils wichtig sind. Zu solchen Institutionen gehören fast immer die ansässigen Schulen. Dabei reden wir für die Ortsteile eigentlich weniger über die weiterführenden Schulen, denn die sind für die meisten Schülerinnen und Schüler in den Ortsteilen einer Stadt wie Lage bereits heute **nicht mehr direkt vor Ort**, sondern nur mit Bus und / oder Bahn zu erreichen. **In erster Linie betrifft es die Grundschulen** – sie sind meist eine Art von Zentrum des Ortes oder Ortsteils und für die Kinder häufig zu Fuß erreichbar. Kinder lernen hier ihre Freunde und Freundinnen kennen, Eltern lernen sich gegenseitig kennen, Netzwerke entstehen. Und oft sind auch die Eltern und die Großeltern bereits zu dieser Schule im Ort(steil) gegangen. An einer solchen Schule hängt also mehr als „nur“ ein Bildungsauftrag.

Was wird mit diesen Grundschulen im Zeitalter der demografischen Entwicklung? Und was wird, wenn eine solche Grundschule geschlossen werden muss, weil die Anmeldezahlen nicht mehr ausreichen?

Für den Umgang mit einer solchen Situation gibt es mehrere Optionen. **Nicht** zu diesen Optionen gehört, **im Wissen um sinkende Bevölkerungszahlen einfach auf steigende Bevölkerungszahlen zu hoffen oder gar darauf zu bauen.**

Erstens wird es - auf jeden Fall für Lage und fast alle vergleichbaren Städte - **in den nächsten Jahrzehnten keine steigende Bevölkerungszahl mehr geben.** Diese Entwicklung ist **für absehbare Zeit unumkehrbar** – selbst, wenn in den nächsten Jahren die Geburtenzahlen überraschender Weise wieder leicht ansteigen würden, wäre die Auswirkung auf eine Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung erst in mehreren Jahrzehnten spürbar. Bis dahin gibt es schlicht zu wenig Kinder, die in einigen Jahren selbst wieder Kinder bekommen könnten. Steigende Zahlen von nach Deutschland kommenden Migranten können die Verluste nicht annähernd aufwiegen. Das sind Fakten, denen man sich einfach stellen muss, statt sie zu verleugnen.

Es kommt aber noch etwas anderes hinzu: Wenn ein Ortsteil (oder auch eine gesamte Kommune) in Zeiten allgemein sinkender Bevölkerungszahlen noch auf steigende oder stagnierende Bevölkerungszahlen setzt, löst sie damit nicht das Problem der negativen demografischen Entwicklung, sondern **initiiert allenfalls einen internen oder regionalen unsinnigen Konkurrenzkampf** – **steigende** Bevölkerungszahlen in **einem** Ort(-steil) bedeuten zwangsläufig dann **noch stärker sinkende** Bevölkerungszahlen in **anderen** Ortsteilen oder Orten, wie wir an anderen Stellen schon erläutert haben. **Das ist kein seriöses Handlungskonzept, kein einziges Problem wird so auf Dauer gelöst.**

Zurück zum Thema „drohender Verlust einer (Grund-)Schule im Ort“ - was ist zu tun, wie ist damit umzugehen?

Übergreifend gilt wieder, wie schon mehrfach betont, dass Realitätsbewusstsein und Ehrlichkeit auf Dauer die besseren Ratgeber sind.

Die für alle Beteiligten angenehmste Version wäre natürlich, man könnte versprechen, dass die Grundschulen in allen Orten, in denen sie jetzt (noch) vorhanden sind, auch in 10 oder 20 Jahren noch vorhanden sind. Ein solches Versprechen kann man angesichts der zwangsläufig kommenden Entwicklung nicht geben. Es wäre schlicht unseriös.

Also muss man dem Problem in die Augen zu sehen und Maßnahmen treffen, die die Folgen wenigstens abmildern.

Das bedeutet hinsichtlich der Grundschulen erstens, dass selbstverständlich das Ziel sein sollte, so viele Grundschulen wie möglich in den Ortsteilen zu erhalten. Das ist keinesfalls ein Widerspruch zu dem oben angemahnten Realitätsbewusstsein, weil es kein blindes Versprechen enthält, sondern eine Zielvorgabe. Die ist kaum zu 100 % zu erfüllen, aber sie sollte möglichst weitgehend erfüllt werden.

Die beste und „eleganteste“ Lösung wäre selbstverständlich, dass die jetzige Gesetzeslage sich ändert und auch (wieder, denn das hatten wir ja schon mal) kleinere Grundschulen und kleinere Eingangsklassen erlaubt würden. Unter diesen Bedingungen könnten dann natürlich mehr Schulen einer drohenden Schließung entgehen.

Aber wie realistisch ist eine solche Hoffnung in Zeiten, in denen überall klamme Kassen vorherrschen? Wir möchten nicht spekulieren, aber wir möchten auch keine falschen Hoffnungen nähren: Die Forderung nach kleineren Schulen und Klassen ist vor allem für Grundschulen ganz sicher sinnvoll, auch wenn man gewisse pädagogische Bedenken äußern kann, beispielsweise, dass in kleineren Schulen mit geringerer Ausstattung und Lehrerbesezung auch nicht das gleiche pädagogische Angebot wie in größeren Schulen angeboten werden kann. Das würden Eltern sicher eher in Kauf nehmen als die Schließung „ihrer“ Schule. Aber dass in absehbarer Zeit noch einmal eine – teure – Senkung der Schülerzahl für Eingangsklassen beschlossen wird und dass auf diese Art mehr Grundschulen in mehreren Ortsteilen erhalten werden können, ist wünschenswert, aber nach aktueller Bewertung, vorsichtig formuliert, sehr unwahrscheinlich.

Auch dass es in Zukunft für besondere Situationen in bestimmten Ortsteilen mehr „Ausnahmetatbestände“ geben könnte, dass also mehr kleinere Schulen „wegen besonderer Umstände“ erhalten werden, die sie geltend machen können, ist nicht sehr wahrscheinlich - schon wegen der (sicher nicht unberechtigten) Annahme, dass natürlich dann fast alle von der Schließung bedrohten Schulen „besondere Umstände“ für sich reklamieren würden und damit so etwas wie eine - wenigstens ansatzweise - „kontrollierte Gerechtigkeit“ auch noch wegfielen.

Also bleiben Ausweichmaßnahmen und einige Hilfs- und Abschwächungsmaßnahmen, um die Folgen zu mildern. Einige dieser (möglichen) Maßnahmen sind ja in Lage bereits getroffen worden. Auf diesem Wege gilt es fortzufahren, damit es zukünftig zu so wenigen Schließungen wie möglich kommt.

Das erste Mittel dazu ist, überall dort, wo die Schließung einer einzelnen Schule droht, Zusammenlegungen und Kooperationen zu versuchen („Schulverbünde“ etc.). Das bedeutet teilweise erhöhten Aufwand, auch für Lehrkräfte, die dann an mehreren Schulen unterrichten müssen. Aber wenn es dadurch gelingt, Schulschließungen zu vermeiden, muss dieser Aufwand und müssen ggf. weitere Einschränkungen in Kauf genommen werden. Solche Kooperationen zwischen Schulen müssen nicht an Gemeindegrenzen halt machen, sondern

können, wenn es dem Erhalt einzelner Schulen dient, sicher auch überörtlich durchgeführt werden, auch wenn es dazu neuer Einstellungen und neuer organisatorischer Maßnahmen bedarf.

Vielleicht gelingt es in ein paar Fällen, an einzelnen Schulen Angebote für die Flexibilisierung des Schulalltags und des Unterrichts zu erstellen, die es erlauben, eine Schule auch bei zurückgehenden oder unter den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwerten liegenden Schülerzahlen noch weiter zu betreiben. Eine Möglichkeit dazu wäre beispielsweise jahrgangsübergreifender Unterricht (hatten wir ja auch alles schon einmal ...). Aber schon wegen der gesetzlichen Vorgaben würden das, wenn überhaupt, Einzelfälle mit Sondergenehmigungen bleiben.

In einigen Situationen wird es also zur Schließung einer Schule in einem Ortsteil kommen – gegen nackte Zahlen gibt es von einem bestimmten Augenblick der Entwicklung an keine Argumente mehr, und gegen geltende Gesetze kann und darf eine Kommune selbstverständlich nicht eigenmächtig handeln.

Wenn also irgendwann **trotz aller Gegenmaßnahmen und Versuche** eine Schulschließung nicht mehr vermeidbar ist, was, wie oben gesagt, immer die Ultima Ratio sein sollte, sollte sie zuerst **dort** angedacht werden, wo für die künftigen Schülerinnen und Schüler eine Alternative vorhanden ist, die vor allem **vom Schulweg her** zumutbar ist. Möglichst sollte eine Grundschule für die meisten Schülerinnen und Schüler ohne Schulbus erreichbar sein (auch das wird nicht **immer** durchführbar sein, sollte aber das Ziel sein). Damit würde dem allseits anerkannten Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ auch unter schwierigen Bedingungen wenigstens ansatzweise noch Rechnung getragen.

Selbstverständlich ist es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Ortsteilen **rechtzeitig zu informieren und zu beteiligen**. Es wird Proteste geben, und diese Proteste sind auch sehr verständlich, aber eine gewisse Einsicht in Notwendigkeiten wird sich nur dann ergeben, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich ernst genommen und rechtzeitig beteiligt fühlen.

Dann gilt es, in den Ortsteilen, in denen Schulen geschlossen worden sind, darüber nachzudenken, welche Möglichkeiten für die weitere Nutzung des leer stehenden Schulgebäudes es gibt und ob daraus vielleicht eine Art von „Ersatz für das verloren Gegangene“ entstehen könnte, um den Wegfall der Schuleinrichtung in gewisser Weise zu kompensieren. Möglicherweise könnte eine **andere Art von Lernort** („VHS-Filiale“, Computerkurse o. ä.) oder **Kulturinstitution** oder **örtlichem Treffpunkt für Veranstaltungen** etc. entstehen. Solche Maßnahmen werden am Ende den Verlust der Grundschule nicht völlig wettmachen können, aber sie können vielleicht ein kleiner Anteil zur „Wiedergutmachung“ sein.

Halten wir also fest: Schließungen von Grundschulen (und vielleicht auch anderen Institutionen in einem Ortsteil) werden sich im Zuge der fortschreitenden negativen demografischen Entwicklung nicht völlig vermeiden lassen. Aber auch mit den Folgen der Schließung einer Grundschule im Ort oder im Ortsteil kann und muss man umgehen. **Die Folgen für einen Ortsteil sind allerdings teilweise erheblich**. Vieles ließe sich vereinfachen bzw. vermeiden, wenn flexible Reaktionen und dezentrale Lösungen möglich wären, die im Einzelfall abweichen von strengen gesetzlichen Vorgaben. **Dazu wären neue gesetzliche**

Regelungen erforderlich – und unseres Erachtens auch notwendig. Die würden helfen, die Schließung so mancher Grundschule zu verhindern, ohne die Qualität des Schulwesens insgesamt zu gefährden. Und die würden, ganz nebenbei, helfen, die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrer Heimatstadt und Ihrer Region zu erhöhen.